

presse

Klonfleisch: Weisung Merkels bringt Verhandlungen zum Scheitern

Zum Scheitern der Verhandlungen über die EU-Verordnung Neuartige Lebensmittel erklären die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Elvira Drobinski-Weiß und die zuständige Berichterstatterin Kerstin Tack:

Bundeskanzlerin Merkel hat verhindert, dass Klonfleisch künftig gekennzeichnet wird. Die Verhandlungen über eine neue EU-Verordnung sind gescheitert. Industrieinteressen sind der Kanzlerin wichtiger als der Schutz der Verbraucher. Ethische Grundsätze gelten in der Union nicht mehr, sagen Elvira Drobinski-Weiß und Kerstin Tack.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen auf EU-Ebene können Verbraucherinnen und Verbraucher weiterhin nicht sicher sein, ob im Handel nicht gekennzeichnete Nahrungsmittelprodukte von Nachkommen geklonter Tiere im Umlauf sind.

Schuld daran ist das starrsinnige Verhalten der Deutschen Bundesregierung, die den erklärten Verbraucherwillen mit ihrem Abstimmungsverhalten vollkommen ignoriert hat.

Verbraucherministerin Aigner als Teil dieses Desasters hat aus unserer Sicht völlig versagt, denn wie aus Teilnehmerkreisen in Brüssel berichtet wurde, hat sich die Kanzlerin selbst eingeschaltet. Frau Merkel sind Machterhalt und Industrieinteressen wichtiger, als der Schutz der Verbraucher.

Bereits seit 2008 fordert das Europaparlament ein Verbot von Lebensmitteln von Nachkommen geklonter Tiere oder zumindest eine Kennzeichnung, damit Verbraucherinnen und Verbraucher erkennen können, ob Fleisch, Milch oder andere Produkte von Klontieren stammen und sie somit eine Wahlmöglichkeit haben.

Damit hat Merkel verhindert, dass Fleisch und Milch von Klontiernachfahren gekennzeichnet oder gar verboten werden. Auch die Zulassungspflicht und

Kennzeichnung für Nano-Lebensmittel wurden damit auf Jahre verhindert. Frau Merkel waren die Interessen der amerikanischen Industrie wichtiger als der Schutz der deutschen Verbraucher.

Dieses Verhalten ist unethisch und ignoriert den Verbraucherwillen. Ethische Grundsätze scheinen in der CDU wohl nicht mehr zu gelten.